



Theodor Herzl
(1860–1904), Schriftsteller und zionistischer Politiker, Fotografie, um 1900

Info

Zionismus

Als Zionismus wird eine politische Bewegung bezeichnet, die es sich zum Ziel gesetzt hat, einen jüdischen Staat in Palästina zu errichten.

Die Gründung des Staates Israels

Aufkommen des Zionismus

Nach der Zerschlagung der jüdischen Aufstände in der Antike verließen viele Juden Palästina (Diaspora). Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Wunsch vieler Juden konkreter, in das Land ihrer Herkunft zurückzukehren. Die Bewegung des Zionismus entstand. Ziel des Zionismus war es, dass die Juden sich eine „Heimstätte“, also einen Staat, in Palästina errichten. Die Ideen des Zionismus entwickelte vor allem Theodor Herzl (1860–1904) in seinem Buch „Der Judenstaat“ (1896).

Seit 1516 gehörte die Region Palästina zum Osmanischen Reich. Es wurde also weder von Juden, noch von Arabern regiert. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 kam es zur Auflösung des Osmanischen Reichs. Im Krieg wurden von Seiten der Briten zahlreiche, z.T. widersprüchliche Versprechungen gemacht (McMahon-Briefe 1915, Balfour-Deklaration 1917). Nach dem Krieg erhielt Großbritannien vom Völkerbund, einem Vorläufer der Vereinten Nationen, den Auftrag, die Region Palästina zu verwalten. Juden siedelten sich in Palästina an. Das Motto der Zionisten lautete: „Für ein Volk ohne Land ein Land ohne Volk.“ Doch dieser Leitsatz übersah, dass Palästina keinesfalls eine unbewohnte Wüste war, die nur darauf wartete, von den Juden besiedelt zu werden. Palästina war in Teilen von Arabern bewohnt. Bereits in den 1920er-Jahren kam es zu Konflikten und Gewalt zwischen Juden und Arabern.

Gründung des Staates Israel und die „arabische Katastrophe“

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wollten die Briten ihr Mandat über Palästina aufgeben. Am 29. November 1947 beschlossen die Vereinten Nationen, dass ein arabischer und ein jüdischer Staat gegründet werden sollten. Jerusalem sollte von den Vereinten Nationen verwaltet werden. Um 1946 lebten etwa 1,33 Million Araber und 603 000 Juden in Palästina. Der jüdische Anteil der Bevölkerung lag also bei etwa einem Drittel. Den Juden wurde insgesamt etwas über die Hälfte der Gesamtfläche Palästinas zugesprochen, auf der etwa 520 000 Juden und 350 000 Araber lebten.

Die Reaktionen auf den Beschluss der Vereinten Nationen fiel äußerst unterschiedlich aus. Die jüdische Bevölkerung jubelte, weil es nun endlich einen jüdischen Staat geben sollte, die Araber reagierten entsetzt, da sie eine Teilung Palästinas und die Gründung eines jüdischen Staates entschieden ablehnten. Am 14. Mai 1948 verlas David Ben-Gurion in Tel Aviv die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel. In der Nacht zum 15. Mai 1948 griffen arabische Truppen aus Ägypten, Irak, Jordanien, Libanon und Syrien den jüdischen Staat an. Allerdings schickten die arabischen Staaten schlecht ausgebildete und ausgerüstete Soldaten nach Israel. Die israelische Armee indes verfügte über eine moderne Ausrüstung.

Der erste arabisch-israelische Krieg endete mit einem Sieg Israels, allerdings nicht mit einem Frieden. So kam es zwar zwischen Israel und den arabischen Staaten 1949 zu Waffenstillstandsvereinbarungen, Friedensschlüsse wurden aber nicht fixiert. Israel beherrschte über drei Viertel der Region Palästina. Von den etwa 1,4 Millionen Arabern, die in Palästina lebten, waren etwa 700 000–760 000 geflohen oder vertrieben worden. Die arabische Bevölkerung Palästinas bezeichnet den Ausgang des Kriegs als an-Nakba, Katastrophe. Der Konflikt zwischen Israel und den Arabern konnte nicht beigelegt werden.



Kampf in Jaffa 1948
Palästinenser kämpfen gegen jüdische Streitkräfte kurz nach der Staatsgründung, Fotografie, 1948

Palästina unter britischer Herrschaft

Immer wieder hören wir von Krisen und Gewalt im Nahen Osten. Die Wurzeln des Konflikts reichen über hundert Jahre zurück. Damals spielte Großbritannien Araber und Juden gegeneinander aus.

Q1 Theodor Herzl

(1860–1904), österreichisch-ungarischer Schriftsteller, Vordenker des politischen Zionismus. Für Herzl verband sich der Traum von der Rückkehr ins „Gelobte Land“ mit dem Aufbau eines eigenen Staates. Foto, um 1900



Zionismus

Jüdische Bewegung mit dem Ziel, einen Nationalstaat im „Land Israel“ zu gründen. Der Name leitet sich von „Zion“ ab, dem Namen Jerusalems im Alten Testament der Bibel.

Mandatsgebiet

Anfang des 20. Jahrhunderts Bezeichnung für ein Land, das kein selbstständiger Staat war und dessen Interessen von einem fremden Staat vertreten wurden. Dazu musste ein Auftrag (auch Mandat genannt) des Völkerbundes, der Vorgängerorganisation der UNO, vorliegen.

Britische Interessen

Das Gebiet des Nahen Ostens gehörte bis 1917 zum Osmanischen Reich der Türken, die im Ersten Weltkrieg auf der Seite von Deutschland und Österreich-Ungarn kämpften. Innerhalb des Osmanischen Reiches lehnten sich die Araber gegen die türkische Herrschaft auf. Großbritannien erhoffte sich ihre Unterstützung im Krieg und versprach ihnen ein unabhängiges Königreich. Fast gleichzeitig schloss es auch ein Abkommen mit Frankreich über die künftige Aufteilung des Nahen Ostens: Großbritannien wollte sich von Palästina aus einen Zugang zu den Ölquellen weiter im Osten sichern, Frankreich sollte dafür Syrien und den Libanon erhalten. Aber dabei blieb es nicht.

Eine „Heimstätte“ für die Juden

Unter den Juden in Europa hatte sich Ende des 19. Jahrhunderts eine Bewegung für einen eigenen Staat gebildet: der Zionismus. Als Reaktion auf den zunehmenden Antisemitismus und die Verfolgungen in Russland verlangten sie eine „gesicherte Heimstätte in Palästina“, dem Gelobten Land

der Bibel. Eine erste Einwanderungswelle begann 1882. Großbritannien sicherte den Juden kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges ihre „nationale Heimstätte“ zu. Die Briten unterstützten den Zionismus, um wichtige Partner z. B. in der US-Regierung für ihre Nahost-Pläne zu gewinnen.

Unter britischem Mandat

Nach dem Ersten Weltkrieg konnte Großbritannien seine Ziele umsetzen. Das Osmanische Reich wurde aufgelöst, der Nahe Osten unter Briten und Franzosen aufgeteilt. Großbritannien erhielt Palästina als Mandatsgebiet. Es förderte die jüdische Einwanderung und den Aufbau einer jüdischen Selbstverwaltung. Die meisten der damals in Palästina lebenden Menschen waren allerdings Araber. Sie sahen sich um ihren Staat betrogen und durch jüdische Siedler oft auch um ihre wirtschaftliche Existenz.

Der Widerstand

Immer häufiger kam es nun zu Zusammenstößen zwischen Arabern und Juden in Palästina. Als in den 1930er-Jahren unter dem Druck der nationalsozialistischen Verfolgung immer mehr jüdische Einwanderer ins Land kamen, reagierten die Araber mit einem Aufstand gegen Juden und Briten. Britische Truppen schlugen ihn mit Unterstützung jüdischer Einheiten nieder.

Doch schon bald drohte in Europa ein neuer Krieg. Um die Araber nicht auf die Seite Deutschlands zu treiben, begrenzten die Briten plötzlich die jüdische Einwanderung. Damit riefen sie aber den Widerstand der Juden in Palästina hervor, die die Flüchtlinge vor der Shoah in Sicherheit bringen wollten. Großbritannien konnte diesen Konflikt nicht mehr eindämmen und gab 1948 sein Mandat auf.

Israel und Palästina

1948 wurde der zionistische Traum wahr: In Palästina gründeten Juden ihren Staat Israel. Die palästinensischen Araber aber nennen diese Zeit al Nakba, „die Katastrophe“.



Q1 David Ben-Gurion verkündet am 14. Mai 1948 in Tel Aviv die Gründung des Staates Israel. Ben-Gurion wurde 1886 bei Warschau geboren und wanderte bereits 1906 nach Palästina aus. Er war überzeugter Zionist und wurde erster Ministerpräsident Israels.

Arabische Liga

1945 von Ägypten, Saudi-Arabien, Syrien, Jordanien, Irak, Libanon und Jemen gegründete Internationale Organisation arabischer Staaten. Sie hat die außenpolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Ziel und besteht heute aus 21 Staaten und Palästina.

PLO

(Palestine Liberation Organization) 1964 zur Befreiung Palästinas gegründet. Sie repräsentiert die Palästinenser vor internationalen Institutionen wie der UNO. Die PLO ist die führende politische Partei im Westjordanland.

Tel Aviv, 14. Mai 1948

Um Mitternacht soll das britische Mandat über Palästina nach 26 Jahren auslaufen. Bereits um 16 Uhr kommen die Vertreter der jüdischen Nation zusammen und beschließen die Errichtung des Staates Israel auf dem von der UNO vorgesehenen Gebiet. Elf Minuten nach der Verkündung erkennen die USA Israel an, die Sowjetunion folgt zwei Tage später. Israelis feiern auf den Straßen ausgelassen ihre Unabhängigkeit.

Israel behauptet sich

Die UN-Vollversammlung hatte schon 1947 mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen, dass Palästina nach dem Rückzug der Briten in einen Staat der Juden und einen der Araber aufgeteilt werden sollte. Die Araber lehnten diesen Teilungsplan von Anfang an ab. Die Arabische Liga drohte Israel mit Vernichtung und griff am 15. Mai 1948 unmittelbar nach der Gründung Israels das Land an. Doch Israel besiegte Anfang 1949 die arabischen Truppen und

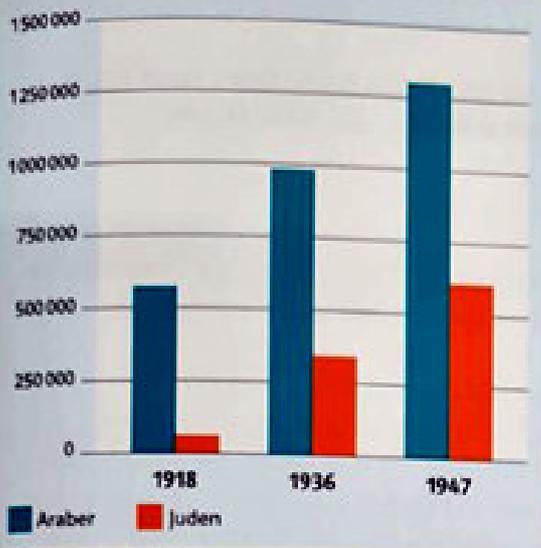
vergrößerte sein Staatsgebiet nun über die Grenzen des Teilungsplans hinaus.

Israelisch-arabischer Konflikt

Für die arabischen Staaten und die Palästinenser war klar: Eine Anerkennung Israels, Frieden oder Verhandlungen sind ausgeschlossen. Die Gefahr einer Eskalation wuchs noch durch den Einfluss der Supermächte im Kalten Krieg. Die Sowjetunion half den arabischen Staaten mit modernen Waffen, die USA und ihre Verbündeten unterstützten Israel. Israel suchte bald eine Gelegenheit, die ständige Bedrohung durch seine Nachbarn zu beenden. Am 5. Juni 1967 griff es Ägypten, Syrien und den Libanon an, vernichtete in nur sechs Tagen deren Luftwaffe und besetzte das Westjordanland, den Gaza-Streifen, den Sinai sowie den Golan. Daran änderte auch der Krieg Ägyptens und Syriens gegen Israel 1973 nichts mehr. Nur der Sinai wurde später an Ägypten zurückgegeben und ein Grenzstreifen auf dem Golan kam unter Kontrolle der UNO.

Volk ohne Land

Die Palästinenser hatten bereits im ersten israelisch-arabischen Krieg ihr Land verloren. 700 000 Palästinenser flohen 1949 in die Nachbarstaaten oder wurden aus Israel vertrieben; 1967 waren es noch einmal 500 000. Sie lebten von nun an in Flüchtlingslagern – oft als unerwünschte Fremde bei den arabischen Nachbarn sowie in den von Israel besetzten Gebieten. Erst 1995 erhielten Gaza und das Westjordanland einen Autonomiestatus. Dieser erlaubt den Palästinensern, eine eigene Regierung zu wählen und das Land selbst zu verwalten. Doch Israel kontrolliert als Besatzungsmacht die Grenzen und große Teile des Territoriums.



D1 Arabische und jüdische Bevölkerung in Palästina

Periode/Jahr	Zahl der Einwanderer	wichtige Herkunftsländer
1882-1903	20 000-30 000	Russland
1904-1914	35 000-40 000	Polen, Russland
1919-1923	ca. 35 000	Polen, Sowjetunion
1924-1931	ca. 80 000	Polen, Sowjetunion
1932-1938	ca. 200 000	Polen, Deutschland
1939-1945	ca. 80 000	Polen, Deutschland, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei
1946-1948	ca. 56 000	Polen, Rumänien

D2 Jüdische Einwanderung nach Palästina



D3 Palästina bis 1948

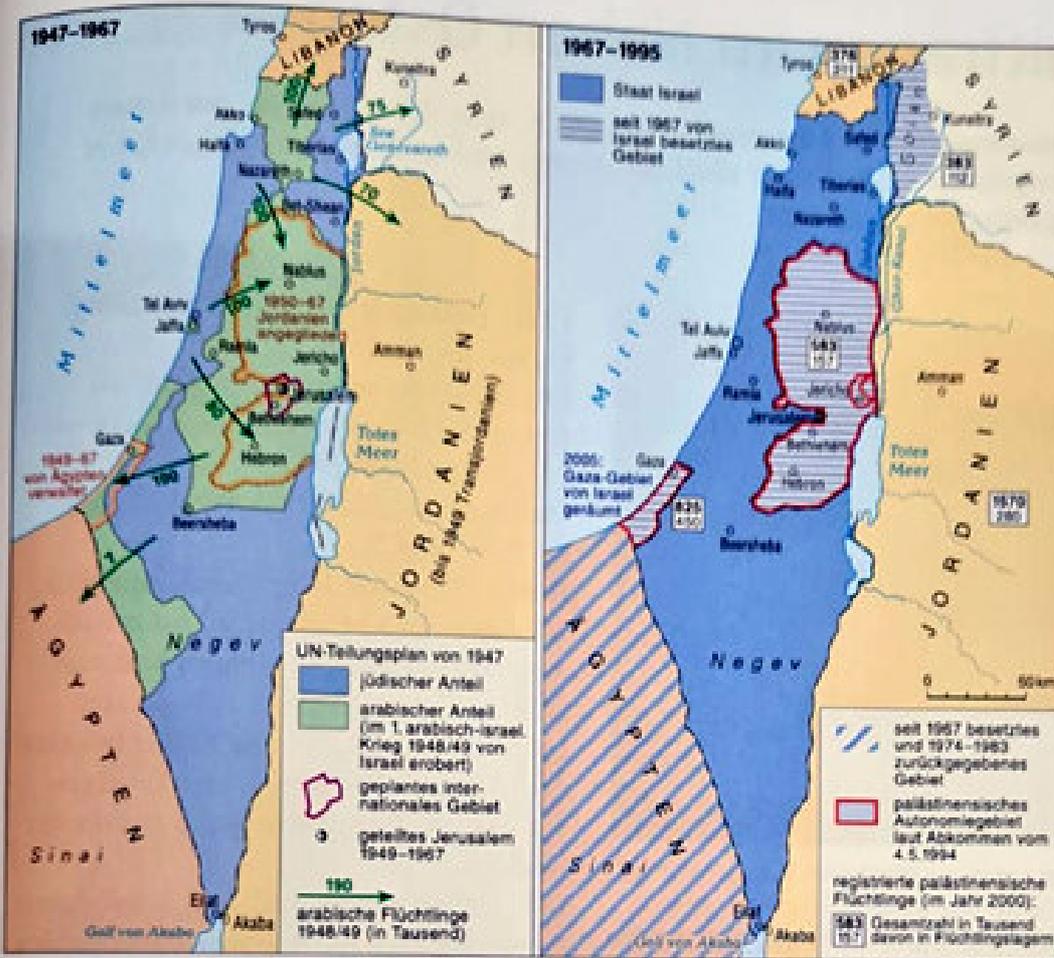
Q2 Ein jüdischer Religionswissenschaftler 1991 über den Zionismus:

Der Zionismus litt an einem Geburtsfehler. Er verstand sich als die Freiheitsbewegung des jüdischen Volkes unter dem Motto: Für das Volk ohne Land das Land ohne Volk. Das war klar und eingängig – aber falsch. In der Tat war das jüdische Volk ein Volk ohne Land, aber Palästina war nicht ein Land ohne Volk.

Aufgaben

- 1 Fasse zusammen, welche Staaten im Ersten Weltkrieg Interesse an Palästina hatten, welche Verbündeten sie hatten und welche Rolle die Araber dabei spielten (VT1).
- 2 Arbeite die Ziele des Zionismus heraus (VT2, Lexikon, Q1, Q2).
- 3 Beschreibe die wechselnde Politik Großbritanniens gegenüber Arabern und Juden (VT1, VT2).

- 4 Erkläre die Entwicklung der jüdischen Einwanderung nach Palästina (VT2-VT4, D1, D2).
- 5 Verfasse eine Rede gegen die britische Palästina-Politik (VT, D1)
 - a) aus arabischer Sicht,
 - b) aus jüdischer Sicht.
- 6 Nimm Stellung zu dem Motto des Zionismus „Für das Volk ohne Land das Land ohne Volk“ (Q2, D1).



D1 Der Nahe Osten. Die Karte links zeigt den UNO-Teilungsplan für Palästina von 1947 und die Zahlen der arabischen Flüchtlinge. Die rechte Karte zeigt die Situation nach dem arabisch-israelischen Krieg von 1967.

Q2 Aus der Proklamationsurkunde des Staates Israel von 1948:

In Erez Israel stand die Wiege des jüdischen Volkes; hier wurde sein geistiges, religiöses und politisches Antlitz geformt; hier lebte es ein Leben staatlicher Selbstständigkeit (...).

Die über das jüdische Volk in der letzten Zeit hereingebrochene Vernichtung (...) bewies erneut und eindeutig die Notwendigkeit, die Frage des heimat- und staatenlosen jüdischen Volkes durch Wiedererrichtung des jüdischen Staates in Erez Israel zu lösen.

Q3 Aus dem Palästinensischen Manifest der PLO vom 17. Juli 1968:

Art. 1) Palästina ist Heimatland des arabischen Volkes, es ist untrennbarer Teil des gesamt-arabischen Vaterlandes, und das Volk Palästinas ist Teil der Arabischen Nation.

Art. 2) Palästina ist innerhalb der Grenzen, die zur Zeit des britischen Mandats bestanden, eine unteilbare territoriale Einheit. (...)

Art. 19) Die Teilung Palästinas 1947 und die Gründung Israels ist von Grund auf null und nichtig. (...).

Erez
(hebräisch - das von Gott zugesprochene Land) zionistische Bezeichnung Israels, mit der unterstrichen wird, dass das Land den Juden von Gott gegeben wurde

Aufgaben

- Gib die Ereignisse des 14. und 15. Mai 1948 in ihrer zeitlichen Reihenfolge wieder (VT1, VT2, Q1).
- Erläutere die Motive für die Staatsgründung Israels (Q1, Q2).
- Beschreibe das Foto Q1. Welche nationalen Symbole und historischen Bezüge kannst du darauf erkennen?
- Untersuche mithilfe von D3 auf S. 183 und D1, wer Palästina von 1920-1948, von 1948-1967 und seit 1967 kontrollierte.
- Die Palästinenser bezeichnen die Gründung Israels als Katastrophe (VT4). Begründe dies.
- Sammelt Argumente für die Positionen Israels und der Palästinenser. Diskutiert mögliche politische Lösungen (Q2, Q3).

Streitfragen im Nahen Osten

Der Palästinenser Halim und der Israeli Uri werden zu einer Diskussion über den Nahostkonflikt eingeladen. Beide Männer sind frei erfunden, aber ähnliche Diskussionen hat es schon gegeben.



Q1 Jerusalem und die heiligen Orte von Juden und Muslimen: Al-Aqsa-Moschee, Felsendom und Klagemauer. Die UNO hatte 1947 geplant, Jerusalem unter internationale Aufsicht zu stellen. Im Palästinakrieg 1948/49 eroberte Jordanien Ostjerusalem und die Altstadt, Israel nahm Westjerusalem ein. 1967 besetzte Israel Ostjerusalem und betrachtet Jerusalem seither als „ewige und unteilbare Hauptstadt Israels“. Foto, 18. Juli 2010

Hamas

(Abkürzung für Islamische Widerstandsbewegung) eine radikal-islamische Palästinenserorganisation. Eines ihrer Ziele ist die Vernichtung des Staates Israel. Die Hamas ist mit der PLO verfeindet und stellt seit 2006 die Regierung des Gaza-Streifens.

Moderatorin: „2014 ist wieder ein offener Konflikt zwischen der Hamas und Israel ausgebrochen. Israelische Städte werden mit Raketen aus dem Gaza-Streifen beschossen, Israel antwortet mit Angriffen auf die Stellungen der Hamas. Wie ist es zu dieser Auseinandersetzung gekommen?“

Halim: „Da muss man weit zurückgehen. Die Ursachen liegen in der Vertreibung der Palästinenser aus ihrem Land und der Besatzung seit fast 50 Jahren. Israel verstößt gegen UNO-Resolutionen, wenn es die Rückkehr der über vier Millionen Flüchtlinge und ihrer Nachfahren in die Heimat verweigert. Die Palästinenser haben deshalb ein Recht auf Widerstand.“

Uri: „Aber Israel führt keinen Krieg gegen die Palästinenser, sondern gegen die Hamas. Das ist eine Terrororganisation, die sich die Vernichtung Israels zum Ziel gesetzt hat.“

Halim: „Hamas ist ein Teil unseres Volkes und wurde von uns demokratisch gewählt.“

Israel muss sie endlich als Verhandlungspartner anerkennen.“

Uri: „Das wäre erst möglich, wenn die Hamas das Existenzrecht Israels anerkennt – wie damals die PLO.“

Moderatorin: „Was steht einem Frieden noch im Weg?“

Halim: „Vor allem Israels Siedlungspolitik; wir sehen, dass Israel überall auf palästinensischem Gebiet Siedlungen baut oder zulässt. Es wurden große Teile unseres Landes enteignet und viele Siedler besetzen es mit Gewalt. Außerdem baut Israel eine willkürliche Grenzbefestigung zu unserem Nachteil.“

Uri: „Ich bin mit der Siedlungspolitik meiner Regierung auch nicht immer einverstanden. Unser Ministerpräsident wird zu stark von den Siedlern beeinflusst. Radikale wie die sogenannte „Hügeljugend“ zerstören den Frieden. Der Staat geht aber dagegen vor und lässt illegale Siedlungen abreißen.“

Halim: „Die werden aber gleich wieder aufgebaut! Israel hat unser Land so zerstückelt, dass ein eigener Staat unmöglich gemacht wird. Meine Landsleute leben in Jerusalem, Gaza und im Westjordanland getrennt voneinander. Siedlungen, hunderte Militärposten und die Sperranlagen schränken unsere Bewegungsfreiheit ein.“

Uri: „Israel hat eben auch Sicherheitsinteressen. Es muss verhindern, dass Selbstmordattentäter ins Land eindringen oder Waffen über die Außengrenzen eingeschmuggelt werden.“

Moderatorin: „Wir sollten auch über die unterschiedlichen Lebensbedingungen der Menschen sprechen. Da ist das Thema Wasser ...“

Uri: „... das für die Entwicklung der ganzen Region wichtig ist. Israel braucht das Wasser aus dem Jordan, um in der Wüste Negev Früchte für den Export anzubauen.“



D1 Israelische Siedlungen und Sperranlagen im Westjordanland

Q2 Bombenanschlag auf einen israelischen Linienbus, bei dem 13 Passagiere zum Teil schwer verletzt wurden. Die radikal-islamische Hamas bekannte sich kurz nach der Explosion zu dem Attentat. Foto, 28. Dezember 2000



D2 Fakten zum Konfliktstoff Wasser aus dem Jahr 2008:

- Israel deckt seinen Wasserbedarf zum größten Teil aus Vorkommen in den besetzten palästinensischen Gebieten und dem ebenfalls besetzten Golan.
- Diese Wasserressourcen gelten als israelischer Staatsbesitz und unterstehen israelischer Kontrolle.
- Israel und die israelischen Siedlungen nutzen den größten Teil des Grundwasservorkommens in den palästinensischen Gebieten.
- 40 Prozent der Dörfer und Gemeinden in der Westbank sind nicht ans Wassernetz angeschlossen. Sie müssen Regenwasser sammeln oder durch Tankwagen versorgt werden.
- Der Wasserverbrauch pro Kopf und Tag beträgt in Israel 240–280 Liter, in den palästinensischen Gebieten rund 60 Liter.

Aufgaben

1 Nenne alle Streitpunkte des Nahostkonflikts, die auf diesen Seiten angesprochen sind (VT, Q1, D1, D2).

2 Erläutere, inwiefern Halims Aussagen durch die Karte D1 bestätigt werden.

3 Schreibe den Dialog zwischen Halim und Uri weiter.
a) Beginne mit einer Antwort Halims auf die Nutzung des Wassers durch Israel (D2).

b) Beziehe dann die Rolle Jerusalems (Q1) für beide Seiten ein.

4 Informiere dich über die Hamas. Nimm Stellung zu der Aussage, dass sie eine Terrororganisation ist (Q2).

5 Führt selbst eine Diskussion zu den Streitpunkten durch. Sammelt dazu die Argumente beider Seiten in einer Tabelle und wählt einen Moderator.

Die Möglichkeiten von UNO und EU

Viele Konflikte münden in gewaltsame Auseinandersetzungen. Doch Staatengemeinschaften wie die UNO oder die EU haben verschiedene Möglichkeiten, Gewalt zu verhindern oder einzudämmen.



Q1 Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini bei einer Pressekonferenz mit Israels Premierminister Benjamin Netanyahu. Foto, 7. November 2014

Sanktion

(von lat. *sanctio* = Vorbehalt, Verordnung) Strafmaßnahme gegen einen Staat, der das Völkerrecht verletzt hat oder zu verletzen droht

Intervention

(von lat. *intervenire* = dazwischentreten) Eingreifen in die Angelegenheiten eines Staates oder in einen Konflikt, z. B. aus humanitären Gründen und zum Schutz der Menschenrechte. Ziel ist es, den Konflikt zu lösen oder mit bestimmten Interessen zu lenken.

„Stunde der Diplomatie“

Verstoßen Staaten gegen internationale Verträge, können Staatengemeinschaften eingreifen. Bevor Sanktionen verhängt werden oder es zu einer militärischen Intervention kommt, schlägt die „Stunde der Diplomatie“. Diplomaten vertreten die Interessen ihrer Staaten oder internationaler Organisationen und versuchen, Einfluss auf die Konfliktparteien auszuüben. Sie bieten Absprachen zur Förderung von Kultur, Wirtschaft und Handel an, die den Frieden sichern können. Sind die Konfliktparteien bereit, zu verhandeln, rückt eine Lösung des Konflikts näher.

Strafmaßnahmen

Hat die Diplomatie keinen Erfolg, können Sanktionen verhängt werden. Mithilfe politischer und wirtschaftlicher Strafmaßnahmen versucht die UNO, das Verhalten von Staaten im Konfliktfall zu beeinflussen. UNO-Sanktionen werden durch den Sicherheitsrat verhängt. Sie können die Wirtschaft eines Staates hart treffen, etwa durch Ein- und Ausfuhrverbote für bestimmte Güter

oder das Einfrieren von Staats- und Privatkonten. Politische Sanktionen beinhalten etwa den Abbruch diplomatischer Beziehungen oder Ein- und Ausreiseverbote gegen Personen.

Wenn Diplomatie und Sanktionen keine Ergebnisse gebracht haben, kann die internationale Gemeinschaft auch militärisch eingreifen. Zum Beispiel entscheidet der UN-Sicherheitsrat über einen friedenssichernden oder friedens erzwingenden Einsatz. Dann können Truppen im Auftrag der UNO in die Krisenregion entsendet werden. Das ist erstmals 1948 während des israelischen Unabhängigkeitskrieges in Palästina geschehen. Auf dem Golan (siehe S. 180) sind bis heute Blauhelme stationiert. Weitere UNO-Missionen werden für die von Israel besetzten Gebiete gefordert, um die Konfliktparteien auseinanderzuhalten.

Die Europäische Staatengemeinschaft

Neben der UNO existieren auch regionale Staatengemeinschaften wie die EU, die interne Konflikte regeln und Einfluss auf die Politik Dritter nehmen können. Die europäischen Staaten haben sich auf der Grundlage der gemeinsamen Werte Frieden, Demokratie und Menschenrechte immer enger zusammengeschlossen. Seit dem Maastrichter Vertrag von 1993 entwickeln sie auch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die seit 2009 durch die „Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik“ vertreten wird. Gerade um den Nahostkonflikt hat sich die EU besonders bemüht, etwa mit diplomatischen Initiativen wie der „Roadmap“ von 2003. Immer wieder gibt es Diskussionen über Wirtschaftssanktionen gegen Israel oder die Anerkennung eines Palästinenserstaates. Hier finden die EU-Mitgliedstaaten bisher keine gemeinsame Linie.

